

**Niederschrift über die Sitzung des
Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses am 21. März 2011
im Sitzungssaal des Landratsamts in Waiblingen**

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Fuchs

Die Mitglieder des VSKA: Kreisräte/innen:

Fabriz, Häußermann (ab 14:40 Uhr), Dr. Ketterer, (CDU)
Kölz, Metzger, Sczuka

Hestler, Kaufmann, Möhrle (bis 19:25 Uhr), Völker (SPD)

Lenk (bis 18:12 Uhr), Meßmer (FDP-FW)

Häuser, Jasper, Ostfalk (Freie Wähler)

Besa (bis 20:10 Uhr), Fauth-Rank (bis 19:25 Uhr) (GRÜNE)

Das stv. Ausschussmitglied: Theile (bis 18:15 Uhr) (CDU)

Elser (SPD)

Hofer (bis 17:00 Uhr), Wilhelm (bis 18:23 Uhr) (FDP-FW)

Hesky (Freie Wähler)

Ferner:

Erster Landesbeamter Friedrich

Kreiskämmerer Geißler

Dezernent Bauer

Dr. Vogt, GB Schulen, Bildung, Kultur (Top 1 und 3)

Geschäftsführender Schulleiter Kluge (Top 1)

Sonderschulrektor Kircher, Fröbel-Schule Schorndorf (Top 1)

Geschäftsführer Winter, Rems-Murr-Kliniken

Geschäftsführer Braune, Kreisbaugesellschaft

Herr Berner, RMIM

Frau Feindor; Rems-Murr-Klinik gGmbH

Frau Bosak, Staatliches Schulamt Backnang (Top 1)

Presse

Schulleiterinnen und Schulleiter

Der Schriftführer: Kreisoberamtsrat Hasert

Beginn der öffentlichen Sitzung: 14:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 17:00 Uhr

Beginn der nichtöffentlichen Sitzung: 17:03 Uhr

Ende der nichtöffentlichen Sitzung: 20:12 Uhr

§ 1

Schulbericht zu den Schulen des Rems-Murr-Kreises

(Drucksache 2011-01-VSKA21.03.)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und führt zu Beginn aus, dass die Bedeutung des Schulsystems vor dem Hintergrund des demografischen Wandels immer mehr zunehme. Geschäftsbereichsleiter Dr. Vogt, Oberstudiendirektor Kluge sowie Sonderschulrektor Kircher von der Fröbelschule Schorndorf würden nachfolgend über die Entwicklungen im Einzelnen berichten.

Geschäftsbereichsleiter Dr. Vogt zeigt die Entwicklung der Schülerzahlen von 1975 bis 2010 sowie die aktuellen Prognosen zur Entwicklung bis 2020 anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist, auf. Weiter veranschaulicht er die Veränderung der Berufsfelder an den Berufsschulen in den letzten zehn Jahren. Außerdem berichtet Herr Dr. Vogt über die Entwicklung an den beruflichen Gymnasien, deren Schülerzahl sich in den letzten 20 Jahren verdoppelt habe. Die Erfolgsquote (Abgänger/innen mit Abschlusszeugnis) an den beruflichen Schulen zeige, dass an den beruflichen Gymnasien und den Berufskollegs der Anteil der erfolgreichen Abgängerinnen höher sei als der Durchschnitt. Der Anteil der Privatschulen an den beruflichen Schulen sei weiter gestiegen auf inzwischen 17 %. Ebenfalls leicht erhöht habe sich die Schülerzahl im Sonderschulbereich um 1,4 %. Er weist daraufhin, dass der Anteil der Schulabgänger ohne Schulabschluss auf 4,7 % zurückgegangen sei und der Rems-Murr-Kreis damit im Vergleich zu den Nachbarkreisen den geringsten Anteil vorweisen könne. Er führt dies auf die Bemühungen des Kreises in diesem Bereich zurück. Handlungsbedarf gebe es jedoch aufgrund des niedrigen Anteils an Schulabgängern mit Hochschulreife, der mit 23,9 % sowohl im Vergleich mit der Region als auch mit dem Land unterdurchschnittlich sei. Deswegen sehe er hier dringenden Handlungsbedarf.

Der Geschäftsführende Schulleiter der beruflichen Schulen, Oberstudiendirektor Kluge, geht zunächst auf die Entwicklung der Schülerzahlen an den beruflichen Schulen ein. Die zugehörige Präsentation ist dem Original der Niederschrift beigelegt. Obwohl man nur ein Minus von 1 % zu verzeichnen habe, sei das mit umgerechnet 101 Schülern doch deutlich. Insbesondere die Anzahl der Teilzeitschüler habe sich deutlich verringert, während die Zahl der Vollzeitschüler leicht gestiegen sei. Anhand von Schaubildern stellt er zudem die Entwicklung der Schülerzahlen in den Schulstandorten und nach Schultypen dar. Oberstudiendirektor Kluge berichtet kurz über das Angebot Einstiegsqualifikation für Jugendliche bis 25 Jahren; hier sei der Missbrauch der Jugendlichen als

billige Arbeitskräfte zu befürchten. Er erläutert des Weiteren das Prinzip des Berufsvorbereitungsjahres (BVJ). Dieses könne u.a. als Teilqualifikation, d.h. parallel zu einem Praktikum im Betrieb und zur späteren Anrechnung als Ausbildungszeit, oder auch als Kooperationsmodell mit den Haupt- und Förderschulen absolviert werden. Er gibt außerdem einen Ausblick auf das Schuljahr 2011/12. Die Anmeldungen für die beruflichen Gymnasien seien gleichbleibend. Da jedoch im nächsten Schuljahr vier weitere Klassen eingerichtet werden, könnten wohl alle Bewerber aufgenommen werden. Bei den Anmeldungen am Berufskolleg im Bereich Technik habe man mit 320 Bewerbungen auf 120 Plätze einen hohen Bewerberüberhang, der eine Abwanderung an Privatschulen zur Folge habe. Ein weiteres Problem diesbezüglich sei eine hohe Anzahl an sogenannten Doppelbewerbungen, d.h., die Schüler bewerben sich parallel für verschiedene Bereiche.

Sonderschulrektor Kircher, Fröbelschule Schorndorf, berichtet über die Entwicklung an den Sonderschulzentren im Kreis anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist. Hier seien die Schülerzahlen leicht gestiegen, was vor allem auf den Anstieg im Bereich Sprachbehinderung zurückzuführen sei. Im neuen Schuljahr werde man zusätzlich je eine neue Außenklasse in Schorndorf, Fellbach-Schmidlen und Murrhardt einführen. Im Bereich der Kindergärten für Geistigbehinderte seien die Gruppen nun voll, in Schorndorf bestünden zudem Kooperationen mit Regelkindergärten. In Murrhardt sei eine neue integrative Außengruppe mit fünf Kindern geplant. Allgemein könne man also von einer Plateaubildung der Schülerzahlen sprechen, die sich auf hohem Niveau stabilisieren. Nachfolgend geht Sonderschulrektor Kircher auf die Veränderungen im Umfeld der Sonderschulen ein. Dazu gehören vor allem der neue Bildungsplan und das Thema Inklusion, also die verstärkte Förderung von Schülern in allgemeinbildenden Schulen. Er betont, dass dadurch Sonderschulen nicht überflüssig würden, sondern die Angebote weiter benötigt werden. Der Schwerpunkt werde aber verstärkt im Bereich der Beratung und Kooperation mit Schulen mit Inklusionsmodellen liegen. Damit einher gehen höhere Erwartungen und Ansprüche der Eltern, dass ihre Kinder „normale“ Schulen besuchen könnten. Es sei jedoch eine Frage der Umsetzung, da nicht jedes Kind inklusionsfähig sei und man deshalb auf die individuellen Bedürfnisse eingehen müsse. Eine Herausforderung sei die Zunahme bei den Mehrfachbehinderungen während der Anteil „klassischer“ Behinderungen, z.B. Down-Syndrom, eher sinke. Außerdem gibt Herr Kircher einen kurzen Ausblick auf die kommenden Jahre. Man könne zwar mit leicht zurückgehenden Schülerzahlen rechnen, dafür kommen aber neue Herausforderungen insbesondere im Hinblick auf die Inklusion hinzu. Deswegen bleibe der Bedarf an Betreuungskräften gleich hoch, man könne ihn aber durch den Wegfall der Zivildienstleistenden kaum decken. Auch das Bundesfreiwilligengesetz könne dies nicht ausgleichen. Wegen des bevorstehenden Doppeljahrgangs der Abiturienten 2012, hätten in diesem Jahr viele sofort mit dem Studium begonnen, so dass man deutlich weniger Bewerbungen

für das FSJ erhalten habe. Dahingehend bittet Sonderschulrektor Kircher auch um die Unterstützung des Kreises bei der Lösung des Problems Betreuungskräfte und außerdem um die Erhaltung der Schwimmbäder.

Landrat Fuchs bedankt sich bei Oberstudiendirektor Kluge und Sonderschulrektor Kircher für ihre Arbeit und weist daraufhin, dass beide zum Schuljahresende in den Ruhestand verabschiedet werden.

Kreisrat Hestler bedankt sich im Namen der SPD-Fraktion für den Bericht. Die Zeitungsbeilage zur Schüleranmeldung enthalte die richtige Mischung aus Informationen und Anregungen. Er spricht den Bericht der Enquetekommission "Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - Berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung" an, der vor vier Wochen vom Landtag verabschiedet wurde. Dazu wolle er wissen, inwieweit diese Ideen an den Schulen im Kreis bereits umgesetzt werden und was auf den Landkreis – auch finanziell – zukommen könnte. Ein Punkt sei der digitale Bildungsnavigator. Ihn interessiere, ob dies Bestandteil des Projekts Lernen vor Ort sei. Weiter sei der Ausbau des Englischunterrichts an den Berufsschulen thematisiert worden.

Kreisrat Hestler bittet um Auskunft, ob die beruflichen Gymnasien als Ersatz für die G8-Schüler dienen und ob vielleicht sogar ein zusätzlicher Bedarf durch die Abgänger der Werkrealschulen entstehe. Außerdem wolle er wissen, inwieweit das Angebot einer Ganztageschule für die Lernschwachen im BVJ und BEJ bisher ausgebaut wurde. Er frage sich auch, ob die Zahl der Abschlüsse mit Fachhochschulreife durch zusätzliche Angebote erhöht werde. Eine weitere Forderung der Enquetekommission sei die Steigerung der Attraktivität des Handwerks für die beruflichen Gymnasien. Außerdem sei in größeren Schulzentren die Einrichtung eines Schulverwaltungsassistenten vorgesehen, die Kosten würden zu 50 % vom Land übernommen. Ein weiteres Ziel sei die Erhöhung des Anteils von Mädchen im technischen Bereich und umgekehrt eine Steigerung des Anteils der Jungen im sozialen Bereich; dies müsse gefördert werden. Kreisrat Hestler bittet ferner um Auskunft, wer zur und Trägerkonferenz von „Lernen vor Ort“ eingeladen werde und welche Ziele angestrebt werden.

Kreisrat Lenk dankt den Referenten und lobt ebenfalls die gute Darstellung in der Beilage. Er spricht Sonderschulrektor Kircher und den Sonderschulen seinen Respekt für die gute Bewältigung der Arbeit auch im Hinblick auf die mehrfach behinderten Schüler aus. Er finde es erfreulich, dass die Außenklassen, die ein Erfolgsmodell seien, ausgebaut werden und dass Kooperationen mit Regelkindergärten bestehen. Zum Thema Inklusion habe er Bedenken, dass die Erwartungen der Eltern

nicht erfüllt werden können und dass nicht immer die beste Entscheidung zum Wohl des Kindes getroffen werde. Er wolle wissen, was der Kreis als Schulträger beitragen könne, um das Problem der Betreuungskräfte zu lösen. Es sei zu erkennen, dass der demografische Wandel nun auch den Rems-Murr-Kreis erreicht habe, wobei man sich aber immer noch auf einem hohen Niveau bei den Schülerzahlen befinde. Es werde auch deutlich, dass der Ausbau der beruflichen Gymnasien eine Alternative zum G8 darstelle. Auch wenn das Bildungssystem im Kreis eine gute Struktur habe und die Durchlässigkeit hoch sei, könne diese noch verbessert werden. Über eine kundennahe Orientierung müsse man sich vor allem gegenüber Privatschulen gut aufstellen, um den Rückgang der Schülerzahlen abzufedern. Er freue sich, dass die Zahl der Schüler ohne Abschluss so zurückgegangen sei. Hier habe der Kreis sehr viel bewegt, z.B. die Einführung von BVJ und BEJ. Im Bereich der Abschlüsse mit Hochschulreife dürfe man die Statistik nicht überbewerten, da man nie das Stuttgarter Niveau erreichen könne; da dort andere und vielfältigere Bildungsgänge angeboten würden. Sicher bestehe hier jedoch ein gewisser Nachholbedarf. Der Kreis nehme bereits am Modellversuch des Kultusministeriums zur Einrichtung von Ganztageschulen im Bereich BVJ/VAB teil. Dies sei zu begrüßen, da der Trend auch im Bereich der beruflichen Schulen zu den Ganztageschulen gehe.

Kreisrätin Fauth-Rank bedankt sich für die Zusammenstellung der Informationen. Man könne deutlich die Vielfalt an Lernangeboten in den Schulen erkennen. Es sei sehr positiv, dass die Prognosen mit den Entwicklungen überein stimmen; das zeige, dass man auf einer guten Grundlage für die Schulentwicklungsplanung arbeite. Allerdings müsse in manchen Bereichen nachgesteuert werden. In Anbetracht des hohen Privatschulanteils, sei zu hinterfragen, ob es eine Angebotslücke gebe, die durch die Privatschulen ausgefüllt werde. Der geringe Anteil an Abgängern mit Hochschulreife sei bedenklich, die neuen Klassen im Berufsschulbereich würden begrüßt. Sie teile die Meinung, dass die Inklusion eine große Herausforderung darstelle.

Kreisrat Hesky schließt sich dem Dank seiner Vorredner an. Er sieht die Bewältigung der Inklusion als Hausaufgabe, da man ja keine Veränderung in der Schullandschaft wolle. Zudem wolle das Land in allgemeinbildenden Schulen den Klassenteiler senken, während die Förderschulen nicht angetastet werden sollen. Er frage sich, wer dann wo inkludiert werden solle, bzw. ob man dann nach guten und schlechten Förderschülern sortiere. Es sei zu hinterfragen, ob die Inklusion der Weisheit letzter Schluss sei, wenn die Förderschulen nicht abgeschafft werden.

Landrat Fuchs nimmt Stellung zu den vorstehenden Redebeiträgen. Er weist darauf hin, dass die Förderschulen im Zuständigkeitsbereich des Staatlichen Schulamtes liegen.

Dr. Vogt antwortet auf die Fragen von Kreisrat Hestler, ein digitaler Bildungsnavigator sei in Form einer Internetplattform vorgesehen. Die beruflichen Schulen könnten nicht zu einem Auffangbecken der G8-Schüler werden, da der Anteil an Gymnasiasten auf 15 % limitiert sei und man sich im Moment bereits bei 13 % befinde. Der Ausbau der Ganztageschulen für Lernschwache sei bisher ohne zusätzliche Kosten für den Landkreis über die Beteiligung am ESF-Projekt des Landes erfolgt. Man habe dafür je einen Schulsozialarbeiter pro Ganztageschule bekommen, das solle sich jedoch jetzt ändern und über zusätzliche Stunden der Lehrer und Jugendbegleiter geregelt werden. Beim Schulverwaltungsassistenten nehme man seit vier bis fünf Jahren mit der Kaufmännischen und der Gewerblichen Schule Waiblingen an einem Modellprojekt teil. Der Assistent habe sich bewährt und man hoffe, dass er in eine Dauerform übergeführt werde. Er erinnert daran, dass der Kreis sich an den Personalkosten zu 50 % beteiligen müsse. Weiterbildungsangebote an den Schulen gebe es und diese sollen auch verstärkt werden. Die Förderung von Mädchen in Ingenieurbereichen solle z.B. über den Bildungsgang Gestaltung und Medientechnik am Technischen Gymnasium Backnang erfolgen, auf den ein regelrechter Ansturm erfolgt sei. Zudem solle ja am Technischen Gymnasium in Schorndorf der neue Bildungsgang Technik und Management eingeführt werden. Er verweise hierzu auf den nächsten Tagesordnungspunkt. Die Trägerkonferenz befasse sich mit dem Thema Übergang Schule – Beruf und wolle alle Träger von entsprechenden Angeboten mit einbeziehen. Ziel sei die Zusammenarbeit von Trägern und Schulen zu verbessern und Doppelstrukturen zu vermeiden. Zur Förderung der Fachhochschulreife gebe es an den Berufskollegs spezielle Angebote und Bemühungen, z.B. das Berufskolleg für Gesundheit und Pflege.

Zu Kreisrätin Fauth-Ranks Bedenken in Bezug auf den Privatschulanteil bemerkt Dr. Vogt, dass der Anteil im Landkreis traditionell bereits über das Berufsbildungswerk Waiblingen und die Paulinenpflege Winnenden traditionell hoch sei und jetzt eben zusätzliche neue Angebote dazu gekommen seien. Ein Zwischenbericht zum Projekt Lernen vor Ort sei vorgesehen.

Oberstudiendirektor Kluge geht zunächst ebenfalls auf die Fragen von Kreisrat Hestler ein. Englisch werde an den beruflichen Schulen angeboten, wenn es von den Betrieben gewünscht werde bzw. wenn es bereits in den Lehrplänen der Berufe vorgesehen sei. Man brauche dafür aber auch entsprechende Schulungen für die Lehrer. Er würde nicht von „G8-Flüchtlingen“ sprechen, sondern einfach von jungen, etwas langsameren Menschen, die ein alternatives Angebot wahrnehmen. Außerdem habe ja bereits Dr. Vogt erklärt, dass der Zustrom begrenzt sei. Bei der Umsetzung des neuen Konzepts der Ganztageschulen bereite vor allem auch die derzeitige Lehrerversorgung Probleme. Er sei überrascht über den engen Zeitrahmen, auch wenn diese Entwicklung von ihm

positiv gesehen werde und erwünscht sei. Zur Frage des Handwerks für Gymnasiasten würden bereits Pläne mit dem Ziel „Führen im Handwerk“ entwickelt. Zum Thema Verwaltungsassistent müsse er hinzufügen, dass das Land seinen 50%-igen Kostenanteil durch Kürzung der Anrechnungstunden für die Verwaltung der Schule refinanzieren, was er jedoch für die Schulen für zuviel halte., auch wenn der Assistent tatsächlich eine erhebliche Entlastung sei. Die Weiterbildungsangebote, z.B. Techniker, seien Aufgabe der staatlichen Schulen. Im Übrigen bieten auch freie Träger, z.B. IHK und HK, Kurse an. Diese Vorgehensweise habe sich bewährt.

Sonderschulrektor Kircher antwortet auf Frage von Kreisrat Lenk, das Lernen bei Sonderschülern beruhe vor allem auf einer Beziehung zwischen Betreuer und Schüler. Die Zivildienstleistenden seien optimal gewesen und so habe man auch den Jugendlichen die Chance gegeben, Verantwortung zu übernehmen. Problematisch sei die Bezahlung, die von dem neuen Bundesfreiwilligengesetz vorgesehen sei, da diese bei älteren Praktikanten nicht für den Lebensunterhalt ausreiche. Deshalb halte er es für sinnvoll, insbesondere älteren Mitarbeitern unbefristete Verträge anzubieten, damit diese eine gewisse soziale Sicherheit bekämen. Das Sonderschulwesen dürfe durch die Inklusion nichtslechter werden, da man einen hohen Standard etabliert habe. Man dürfe diese Entwicklung nicht zerstören, sondern müsse vielmehr Chancen zur weiteren Verbesserung nutzen. Es dürfe in gar keinem Fall eine „Zwangsgleichmachung“ der Schüler erfolgen, sondern man müsse sich darüber im Klaren sein, dass manche Schüler nie inkludiert werden können. Daher werde es Sonderschulen weiterhin geben. Mit der Inklusion sei natürlich keine „Elitebildung“ unter den Sonderschülern angestrebt und man verfare auch in den Außenklassen nicht nach diesem Prinzip. Hier liege stattdessen die Chance, mit anderen zusammen zu lernen und soziale Kontakte zu knüpfen. Sonderschulrektor Kircher stellt klar, dass man nur diejenigen inkludiere, für die damit ein persönlicher Vorteil und keine Einschränkung des individuellen Bedarfs verbunden wäre. Angestrebt sei eine intensive Zusammenarbeit mit den Eltern, um ihnen nicht nur die Vorteile aufzuzeigen, sondern auch, welche Nachteile mit einer Inklusion verbunden sein können. Man müsse auch darauf achten, dass die Andersartigkeit geachtet werde und gleichzeitig die Inklusion so umgesetzt werde, dass keine Sonderschulen in den Schulen entstehen.

Schulrätin Bosak vom Staatlichen Schulamt Backnang betont, auch Sonderschulen seien allgemeinbildende Schulen. Eine Behinderung sage nichts über die Teilhabeberechtigung aus. Hier dürfe keine Differenzierung durch die Behinderung stattfinden, sondern man müsse den Blick auf jedes einzelne Kind wahren. Im Rahmen des Schulgesetzes habe man den Auftrag, kooperative Bildungsangebote auszubauen. Das elterliche Mitbestimmungsrecht werde ausgeweitet, dabei müsse jedoch ein qualitatives Wahlrecht gewährleistet werden, das vorrangig auf die Bedürfnisse des Kin-

des Rücksicht nehme. Die Sonderschule werde es weiterhin geben, diese solle jedoch näher vor Ort sein, ohne eine „Restschule“ zu werden.

Der Ausschuss nimmt den Schulbericht zu den Schulen des Rems-Murr-Kreises zur Kenntnis.

Auszüge:

1 GB Schulen, Bildung, Kultur

§ 2

Neue Schularten an den Beruflichen Schulen

a) Einrichtung einer Berufsvorbereitenden Einrichtung (BVE) an der Gewerblichen Schule des Beruflichen Schulzentrums in Backnang

b) Einrichtung des Profils Technik und Management am Technischen Gymnasium des Beruflichen Schulzentrums in Schorndorf

(Drucksache 2011-02-VSKA21.03.)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Geschäftsbereichsleiter Dr. Vogt erläutert, dass es sich bei der Berufsvorbereitenden Einrichtung um einen weiteren Baustein zur Förderung schwacher Schüler handle. Neu daran sei, dass eine Vermittlung auf den sogenannten 1. Arbeitsmarkt angestrebt werde und dass die Einrichtung nicht an einer Sonderschule, sondern an der Berufsschule erfolgen werde.

Zur Stärkung des weiblichen Nachwuchses im technischen Bereich wolle man am Technischen Gymnasium in Schorndorf das neue Profil Technik und Management einführen.

Ohne weitere Beratung beschließt der Ausschuss einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Der Einrichtung einer Berufsvorbereitenden Einrichtung an der Gewerblichen Schule in Backnang als Schulversuch wird zugestimmt.
2. Der Einrichtung des Profils Technik und Management am Technischen Gymnasium in Schorndorf wird zugestimmt.

Auszüge:

1 GB Schulen, Bildung, Kultur

§ 3

Änderung der Entgeltordnung des Kreismedienzentrums (Drucksache 2011-03-VSKA21.03.)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Geschäftsbereichsleiter Dr. Vogt betont, dass die Änderung für den Kreis kostenneutral sei. Nachfolgend stellt er die Hintergründe und die vorgeschlagenen Maßnahmen kurz dar.

Kreisrat Hesky erklärt, er habe sich das Kreismedienzentrum nach dem Umbau angeschaut und sei sehr angetan gewesen. Das Kreismedienzentrum sei nicht nur für die Schulen eine wichtige Einrichtung, sondern für die gesamte Bevölkerung. Deshalb schlage er vor, die Präsenz in der Öffentlichkeit weiter zu verbessern. Man müsse preiswert bleiben, um dem Bildungsauftrag gerecht zu werden.

Kreisrat Völker stimmt zu, dass die Änderungen schlüssig seien. Er fragt an, wie das Verhältnis Medienverleih zu Geräteverleih sei.

Dr. Vogt berichtet daraufhin, dass der Medienverleih zurückgehe, man müsse daher in diesem Bereich gegensteuern.

Der Ausschuss beschließt einstimmig:

Dem Kreistag wird empfohlen:

Der Änderung der Entgeltordnung des Kreismedienzentrums, wie in der Anlage zu Drucksache 2011-03-VSKA21.03. dargestellt, wird zugestimmt.

Auszüge:

1 GB Schulen, Bildung, Kultur

§ 4

Bericht über die Nachnutzung der Krankenhausstandorte Backnang und Waiblingen (Drucksache 2011-04-VSKA21.03.)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Der Geschäftsführer der Kreisbaugesellschaft Waiblingen mbH, Herr Braune, bemerkt zu Beginn, dass in der nächsten Sitzung am 30.05.2011 ein ausführlicherer Bericht folgen wird.

Er geht zunächst auf das geplante Gesundheitszentrum in Backnang ein. Der Planungsprozess in Zusammenarbeit mit der Stadt Backnang sei vorbildlich gelaufen, das Baugesuch wurde bereits im Dezember 2010 eingereicht. Er erwarte, dass man in Kürze mit dem Bau beginnen könne. Es gebe jedoch Probleme mit der Trägerschaft des ambulanten OP-Bereichs. Über dieses Thema sei bereits im Backnanger Gemeinderat beraten worden und man werde später im nichtöffentlichen Teil mehr darüber berichten. Das Dialysezentrum der PHV sei ebenfalls ein wichtiger Baustein in der örtlichen medizinischen Versorgung und werde auch weiterhin von der PHV betrieben. Außerdem sei ein Gespräch mit der Sozialministerin geführt worden, um die Möglichkeiten einer stationären Versorgungseinrichtung zu prüfen; dabei hätten keine Ergebnisse erzielt werden können. Es werden nun innovative Wohnformen für Seniorinnen und Senioren intensiv untersucht. Das wäre ein positiver Standortfaktor und auch die Nähe zum Gesundheitszentrum wäre von Vorteil.

Geschäftsführer Braune berichtet, dass für das Klinikareal Waiblingen das Bebauungsplanverfahren bereits eingeleitet wurde. Man habe sich auf den Abbruch geeinigt, das Parkhaus und das Verwaltungsgebäude seien bedingt erhaltenswert. Die Studie zur Ansiedlung eines Hotels habe ergeben, dass der Standort prinzipiell geeignet sei. Die weitere Konkretisierung hänge jedoch von der Stadtplanung und insbesondere von einem möglichen Investor ab, da mehrere Besonderheiten zu beachten seien. Für eine ambulante Gesundheitsversorgung müsse der Bedarf von Seiten der Stadt und den Ärzten gemeldet werden, da dieses Betreuungsangebot nur Sinn mache, wenn es auch außerhalb des Klinikareals genutzt werde. Wichtig sei vor allem eine Notfallpraxis, die aber vielleicht in der Innenstadt untergebracht werden könne.

Insgesamt sei noch sehr viel Entwicklung und Zeit für den Planungsprozess nötig, weshalb eine Verlängerung des Auftrags an die RMIM bis 2012 erwägt werden solle.

Landrat Fuchs bedankt sich bei Geschäftsführer Braune und seinem Team. Es bleibe zu klären, wie der ambulante OP-Bereich in Backnang wirtschaftlich geführt werden könne.

Kreisrat Dr. Ketterer fragt in Bezug auf das Gespräch beim Sozialministerium nach, ob es sich dabei um ein erneutes Gespräch gehandelt habe und warum das Land eine derartige Einrichtung ablehne.

Landrat Fuchs erläutert, dass Herr Braune, Herr Berner, und er an dem Gespräch im Oktober 2010 teilgenommen hätten. Herr Dr. Nopper habe kurzfristig absagen müssen. Dabei sollten die Möglichkeiten zur Einrichtung von stationären, speziellen Angeboten z.B. im Bereich Psychosomatik, Reha etc. ausgelotet werden. Es sei zu klären gewesen, ob die Bedarfsplanung des Landes in dieser Region Lücken aufweist, die eine entsprechende Einrichtung in Backnang füllen könnte. Das Land sehe diesbezüglich jedoch keinen Bedarf im Raum Stuttgart, da die vorhandenen Einrichtungen ausreichen.

Kreisrat Hesky weist darauf hin, dass die Bürgerbeteiligung der Stadt Waiblingen am 04.04.2011 stattfinden wird. Er bemängelt die Sitzungsvorlage zum Thema Hotelansiedlung, da so mögliche Hotelbetreiber abgeschreckt werden. Er wolle an dieser Stelle den Herrn Landrat zitieren, dass die Stadt Waiblingen klären müsse ob sie ein Hotel wolle oder nicht, der Rest liege beim Betreiber. Es habe außerdem im Februar Gespräche mit der Ärzteschaft gegeben. Dabei habe sich herausgestellt, dass es schwierig werde, auf dem ehemaligen Klinikareal eine Notfallpraxis einzurichten. Diese sei eher im Gesundheitszentrum in der Innenstadt von Waiblingen anzusiedeln, was sehr wichtig für die wohnortnahe Versorgung sei.

Landrat Fuchs erwidert, dass der Kreis an der Standortevaluation beteiligt gewesen sei. Das Ergebnis des Gutachtens stimme mit der Vorlage überein, auch wenn es unabhängig von neueren Erkenntnissen der Stadt und Investoren sei. Zur Sicherstellung der ambulanten Versorgung stehe man in engem Dialog und müsse diesen auch aufrecht erhalten. Die handelnden Personen müssten jedoch klar dokumentieren, wie sie ihre Zukunft am Standort Waiblingen sehen und welche Vorstellungen sie haben.

Kreisrätin Elser bitte nochmals um Bestätigung, ob das Gespräch mit dem Sozialministerium ergeben habe, dass in Backnang keine stationäre medizinische Einrichtung aus dem Bereich Psychosomatik und Reha gewünscht sei. Außerdem wolle sie wissen, ob dann auch in Bereichen, die in Konkurrenz zu Winnenden stehen, eine Blockade von Seiten des Sozialministeriums zu erwarten

sei. Sollte dies der Fall sein, sei die Frage, ob überhaupt eine anderweitige stationäre Einrichtung möglich sei.

Landrat Fuchs erklärt, dass ein Betreiber dies von einem Versorgungsvertrag abhängig mache. Das Land habe ihnen bei dem Gespräch in den Bereichen Psychosomatik und Reha anhand von Zahlen und Fakten sehr detailliert dargestellt, dass kein Bedarf dafür bestehe. Bei anderen medizinischen Feldern sei durch den Neubau die Grund- und Regelversorgung wie auch aus der Zentralversorgung abgedeckt. Damit bleiben nur Spezialbereiche, in denen aus Landessicht im Raum Stuttgart kein Bedarf bestehe.

Kreisrat Hesky widerspricht Landrat Fuchs bezüglich dessen Einschätzung zum Gutachten. Darin stehe, dass der Standort für ein mittleres Hotel geeignet sei. Die Stadt Waiblingen habe ihren Standpunkt zu der Bedingung, dass für ein Hotel an dieser Stelle ein Restaurant nötig sei, verändert und sei nun damit einverstanden. Man wolle den freien Wettbewerb nicht einschränken. Deshalb sollen auch negative Schlagzeilen vermieden werden.

Landrat Fuchs erwidert, dass diese Einschätzung neu und ihm unbekannt sei. Er bitte darum, bei zukünftigen Änderungen informiert zu werden.

Der Ausschuss nimmt den Bericht über die Nachnutzung der Krankenhausstandorte Backnang und Waiblingen zur Kenntnis.

Auszüge:

1 GB Finanzen

1 RMIM

§ 5

Sachstandsbericht Rems-Murr-Kliniken gGmbH

a) Neubaubericht

b) Bericht zur betrieblichen Entwicklung im 4. Quartal 2010

Geschäftsführer Winter gibt einen kurzen Überblick über die anstehenden Vergaben bis Ende März und erklärt, dass die Bauarbeiten auf der Klinikbaustelle trotz Verzögerungen im Zeitplan liegen. Er legt dem Ausschuss außerdem eine Kostenübersicht vor, aus der zu erkennen ist, dass die Kosten wie geplant angefallen seien, auch wenn mit zukünftigen Preissteigerungen zu rechnen sei. Herr Winter erläutert den aktuellen Stand auf der Baustelle und eine Übersicht zu den Gewerken, die im ersten Halbjahr 2011 anstehen.

Kreisrat Ostfalk merkt an, dass die Kostenübersicht zu den Honorarkosten Stufe 4 - 9 positiv sei.

Herr Winter erläutert, dass diese Leistungen noch nicht vergeben wurden, die Kosten werden aber wie prognostiziert anfallen.

Kreisrat Kaufmann stellt fest, dass in der Kostenübersicht 10 Mio. € Minderkosten bei den Bauzeit- zinsen verzeichnet seien. Man könne hier wohl aber nur von Ersparnissen reden, wenn man übrig Geld habe.

Kreisrätin Besa spricht die vierteljährliche Anwohnerinformation an, die von Frau Feindor immer vorbildlich moderiert werde, da sich die Bürger von ihr ernst genommen fühlen. Im Januar habe eine Veranstaltung ohne Frau Feindor stattgefunden, dafür mit Vertretern der Bauleitung. Deren Auftreten sei nicht vertretbar gewesen, was noch aufgearbeitet werden müsse.

Landrat Fuchs sagt zu, dass man dies bezüglich nacharbeiten werde und dass die nächste Informa- tion wieder von Frau Feindor moderiert werde.

Herr Winter berichtet außerdem über die betriebliche Entwicklung im IV. Quartal 2010. Er stellt die Leistungsentwicklung der DRG und der Verweildauer (VD) dar. Bei der VD sei eine positive Ent- wicklung zu erkennen, sie habe sich weiterhin verkürzt. Die Entwicklung der Fallzahlen trete bereits jetzt so ein, wie sie für 2017 prognostiziert wurde. Bei der CMI-Entwicklung habe an allen Standor-

ten eine Steigerung verzeichnet werden können. Bei den Vollkräften habe sich keine Veränderung ergeben.

Kreisrat Sczuka bemerkt, dass infolge der Schließung der Geburtshilfe in Backnang eine Verschiebung der Geburtenzahlen nach Waiblingen zu erwarten gewesen wäre. Dies sei jedoch nicht passiert. Auch im Hinblick auf die Schließung der Kliniken müsse man sich fragen, wohin die Abwanderung der anderen Fälle erfolge, wenn nicht nach Waiblingen bzw. später nach Winnenden.

Herr Winter erwidert, dass diese so nicht interpretiert werden könne. Tatsächlich habe man in Waiblingen 250 Geburten mehr als im Vorjahreszeitraum verzeichnet.

Kreisrätin Fauth-Rank interessiert sich für die Entwicklung der Kundenzufriedenheit. Sie habe gehört, in Schorndorf gebe es eine anonyme Erhebung und fragt an, ob man eine Auswertung dieser Erhebung bekommen könne.

Herr Winter erklärt, dass die Erhebungen nicht anonym erfolgen, sondern dass jeder Patient einen Fragebogen erhalte. Die besonders positiven und negativen würden ausgewertet.

Landrat Fuchs sagt zu dass geklärt werde, ob ein Stimmungsbild der Auswertungen erstellt werden könne.

Der Ausschuss nimmt den Neubaubericht und den Bericht zur betrieblichen Entwicklung der Rems-Murr-Kliniken gGmbH zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Rems-Murr-Kliniken



§ 6

Spendenbericht

(Drucksache 2011-05-VSKA21.03.)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Ohne weitere Beratung beschließt der Ausschuss einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Beschlussvorschlag:

Der Annahme der in der Anlage zu DS 2011-05-VSKA21.03. aufgeführten Spenden und Zuweisungen wird zugestimmt.

Auszüge:

1 GB Finanzen

1 GB Kreisprüfung

§ 7

Verschiedenes

Kreisrat Kaufmann verweist auf die aktuelle Diskussion in den Kommunen über den Verkauf der EnBW-Aktien. Auch der Rems-Murr-Kreis könnte durch die Veräußerung 2,5 Mio. Euro erzielen, zumal drohe, dass diese an Wert verlieren. Es stelle sich die Frage, ob man sich dies entgehen lassen wolle. Er bitte um Auskunft, wie Landrat Fuchs mit der Thematik umgehe wolle und er hierzu nicht mit einem Mandat seitens des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses versehen werden wolle.

LR entgegnet, die CDU-Fraktion habe hierzu kurzfristig eine Anfrage gestellt. Diese könne daher zunächst nur im nichtöffentlichen Teil der Sitzung behandelt werden.

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

gez.

gez.

Johannes Fuchs

Thomas Hasert